Schriftliche Anfrage

### 18. Wahlperiode

# **Schriftliche Anfrage**

# der Abgeordneten Marianne Burkert-Eulitz und Stefan Ziller (GRÜNE)

vom 07. Februar 2017 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 08. Februar 2017) und Antwort

## Stühle für große Schüler\*innen

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

- 1. Wie bewertet der Senat die Herausforderungen durch die zunehmende durchschnittliche Körpergröße von Schüler\*innen im Hinblick auf die baulichen Gegebenheiten und die Möblierung?
- Zu 1.: Dem jeweils zuständigen Schulträger sowie der Schule obliegt es, für eine adäquate Möblierung der Räume in den Schulen Sorge zu tragen.
- 2. Liegen dem Senat Zahlen über die Anzahl besonders großer Schüler\*innen in Berliner Schulen vor? Und wenn ja, wie haben sich diese in den letzten Jahren entwickelt?

Zu 2.: Nein.

- 3. Sind dem Senat Fälle bekannt, in denen sich Eltern oder Schüler\*innen an Berliner Schulen gewandt haben mit dem Ziel, Stühle zu bekommen, die der Körpergröße der jeweiligen Schüler\*in angepasst sind?
- 4. Welche Maßnahmen müssen Schulen ergreifen, wenn die Möblierung nicht mehr der Körpergröße der Schüler\*innen entspricht?
- Zu 3. und 4.: Gemäß § 109 Schulgesetz obliegt grundsätzlich den Bezirken die Verwaltung und Unterhaltung der äußeren Angelegenheiten der allgemein bildenden Schulen. Hierzu zählen die Maßnahmen zur Schaffung der äußeren Voraussetzungen für das Lehren und Lernen in der Schule, insbesondere der Bau, die Ausstattung und die Unterhaltung der Schulen.

Infolge dessen müssen sich Eltern oder Schülerinnen/Schüler an die jeweilige Schule oder den zuständigen Schulträger wenden, damit für Abhilfe gesorgt werden kann.

- 5. Welche Mindeststandards gelten für die Möblierung von Klassenräumen und inwiefern wurden diese Standards in den letzten Jahren angepasst?
- Zu 5.: Es bestehen keine Mindeststandards für die Möblierung von Klassenräumen.

Berlin, den 15. Februar 2017

#### In Vertretung

Mark Rackles Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 22. Feb. 2017)